

St.Gallen / Bern, 26. Mai 2025

Gemeinsame Konferenz der städtischen Sozial- und Sicherheitsverantwortlichen

Städtische Suchtpolitik: Soziales und Sicherheit vertiefen die Zusammenarbeit zu Crack und Kokain

Die gemeinsame Tagung der Städteinitiative Sozialpolitik und der Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren KSSD widmete sich in St.Gallen der aktuellen Situation rund um die hohe Verfügbarkeit von Kokainprodukten. Das Fazit: Zu den zentralen Erfolgsfaktoren der Städte gehören genügend niederschwellige Angebote für suchtkranke Menschen, die gute Zusammenarbeit des Sozial- und Sicherheitsbereichs sowie die Schaffung von Akzeptanz in der Bevölkerung.

Rund 100 Vertreterinnen und Vertreter von städtischen Exekutiven und Kaderpersonen aus den Bereichen Soziales und Sicherheit haben sich am Freitag intensiv über die aktuelle Drogensituation in Schweizer Städten und Gemeinden ausgetauscht, mit der sie in ihrer täglichen Arbeit konfrontiert sind. Frank Zobel von Sucht Schweiz, der den Schweizer Kokainmarkt wohl kennt wie kein anderer, führte aus, worauf sich die Städte einstellen müssen. Der stark wachsende Kokainmarkt erachtet er als alarmierend und erinnert ihn an die 1980er Jahre, als der Heroinkonsum in der Schweiz zu verheerenden Auswirkungen führte. «Es gibt aber kein einfaches Rezept dagegen. Zur Lösung können unter anderem mehr Daten über den Kokainkonsum und der Austausch mit den Nachbarländern beitragen.»

Eine andere Perspektive brachte die Medizinerin Louise Penzenstadler (Schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin SSAM) ein: Sie beleuchtete die Auswirkung von Crack und Co. auf die Psyche von Menschen mit Abhängigkeitserkrankung. «Bestimmte Persönlichkeitsmerkmale erhöhen die Vulnerabilität für Sucht, was insbesondere beim Crackkonsum deutlich wird. Der starke Suchtdruck führt zu markanten Verhaltensänderungen, weshalb Therapieangebote, insbesondere für Crackkonsumierende, niederschwellig und angepasst gestaltet werden müssen.»

Vielfältige Lösungsansätze von Sozial- und Sicherheitsbereich

Im Rahmen der bewährten Vier-Säulen-Politik arbeiten Soziale Arbeit und Sicherheit bereits heute Hand in Hand. Die Teilnehmenden tauschten sich über ihre Erfahrungen und gelungene Beispiele aus, wobei sich die Situation der grossen Städte wie Zürich, Lausanne oder Bern von jenen der kleineren Städte wie Chur oder Yverdon unterscheiden. Und es gibt vielfältige Lösungsansätze. So hat Chur erfolgreich politische Hürden überwunden, um einen begleiteten Konsumraum zu realisieren, während in Zürich solche Räume bereits seit vielen Jahren bestehen und Sozialarbeitende und Polizei eng zusammenspannen. Yverdon-les-Bains, das keinen Konsumraum hat, sucht und findet kreative Lösungen für Treffpunkte im

öffentlichen Raum, ohne dass es zu Konflikten kommt. Lausanne bietet Personen mit Abhängigkeitserkrankung Mini-Jobs an, um ihnen zu einer Tagesstruktur zu verhelfen und gleichzeitig das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung zu stärken. In St.Gallen setzt man auf eine vorausschauende und interdisziplinäre Zusammenarbeit im öffentlichen Raum und arbeitet daran, bestehende Hilfsangebote gezielt auf die Crack-Problematik auszurichten. Bern wiederum hat den Fokus auf die Optimierung der Verwaltungsstrukturen gerichtet, sodass Polizei und Soziales nun gemeinsam an Themen wie Prävention und Repression arbeiten.

Orientierungshilfe und Inspiration für mehr Dialog und Zusammenarbeit

Im Vorfeld der Konferenz hat die Städteinitiative Sozialpolitik eine praxisnahe Orientierungshilfe für den Umgang mit der Problematik von Crack und dessen Konsum im öffentlichen Raum in Auftrag gegeben, die einen aktuellen Überblick mit spannenden Projekten in Schweizer Städten liefert. Anhand von Beispielen in Städten und Gemeinden zeigt das Dokument Handlungsoptionen auf, die anderen Kommunen auch als Inspiration zur Bewältigung ihrer eigenen Herausforderungen dienen können.

Ziel der Städteinitiative Sozialpolitik und der KSSD ist es, die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Sozialdiensten und Polizei mit institutionalisierten und abgestimmten Prozessen weiter zu stärken sowie den Erfahrungsaustausch zwischen den Gemeinden und Städten zu fördern.

«Seit jeher gehen die Städte in der Suchtpolitik mit zukunftsweisenden Ideen voran. Sie entwickeln und erproben neue Ansätze, bevor diese breitere Akzeptanz finden.», sagt Nicolas Galladé, Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik. Und Sonja Lüthi, Co-Präsidentin der KSSD betont die Wichtigkeit der engen Zusammenarbeit der Bereiche Soziales und Sicherheit, «weil die Herausforderungen nur gemeinsam angegangen werden können – mit Koordination und gegenseitigem Verständnis».

Neue Vorstandsmitglieder gewählt

Sowohl die Städteinitiative Sozialpolitik als auch die Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren KSSD sind Sektionen des Schweizerischen Städteverbands, der sich für die Interessen der urbanen Schweiz einsetzt. Im Anschluss an die Veranstaltung hielten die beiden Sektionen ihre Mitgliederversammlungen ab. In beiden Gremien wurden neue Vorstandsmitglieder gewählt.

Bei der [KSSD](#) wurden **Melanie Setz (Sozial- und Sicherheitsdirektorin Stadt Luzern)** und **Alec von Graffenried (Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie, Stadt Bern)** neu ins Gremium berufen. Bisherige Mitglieder sind Stephanie Eymann (Basel), Pierre-Antoine Hildbrand (Lausanne), Karin Valenzano Rossi (Lugano), Katrin Cometta (Winterthur) sowie das Co-Präsidium mit Sonja Lüthi (St.Gallen) und Karin Rykart (Zürich).



Vorstand KSSD

v.l.n.r.: Stephanie Eymann, Alec von Graffenried, Karin Valenzano Rossi, Katrin Cometta, Karin Rykart (Co-Präsidentin), Melanie Setz, Pierre-Antoine Hildbrand, Sonja Lüthi (Co-Präsidentin).

Melanie Setz wurde auch in den Vorstand der [Städteinitiative Sozialpolitik](#) gewählt. Ausserdem neu sind **Ursina Anderegg (Vorsteherin Bildung, Soziales und Sport, Stadt Bern)** und **Natasha Pittet (Direktorin Soziales und Sicherheit Stadt Biel)**. Dem Gremium gehören die folgenden Bisherigen an: Mirjam Ballmer (Fribourg), Sonja Lüthi (St.Gallen), Raphael Golta (Zürich), sowie Präsident Nicolas Galladé (Winterthur) und Vize-Präsidentin Émilie Moeschler (Lausanne).



Vorstand Städteinitiative Sozialpolitik

v.l.n.r.: Melanie Setz, Natasha Pittet, Émilie Moeschler (Vize-Präsidentin), Ursina Anderegg, Nicolas Galladé (Präsident), Mirjam Ballmer, Sonja Lüthi. Nicht im Bild: Raphael Golta.

Fotos: Roman Kohler / Stadt St.Gallen

Medienauskünfte erteilen am Montag 26. Mai:

Nicolas Galladé, Präsident Städteinitiative Sozialpolitik, von 10-11 Uhr: Telefon 079 225 33 70, nicolas.gallade@win.ch

Sonja Lüthi, Co-Präsidentin Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren KSSD, von 11-12 Uhr: Tel. 071 224 56 35, sonja.luethi@stadt-sg.ch

Bezugsquelle Broschüre «Crack – Orientierungshilfe für Städte und Gemeinden»

Deutsch: [Positionen > Positionen | Städteinitiative Sozialpolitik](#)

Französisch: [Positions > Positions | Initiative des villes pour la politique sociale](#)

Beilagen

Fotos Vorstände